

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **21.05.2015** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/Rat/026

Beginn öffentlicher Teil: 18:02 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 21:58 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:57 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 22:01 Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert
Birgin, Gurbet
Braun, Hartmut
Brönnemann, Alfred
Bublitz, Werner
Dralle, Karl-Heinz
Ehrhardt, Hans-
Joachim
Fleischmann, Michael
Gersemann, Christiane
Heldt, Gabriele
Hinz, Gerald
Hunze, Carl
Kizilyel, Sükrü
Knauer, Detlef
Köneke, Klaus
Kuyucu, Ahmet
Leykum, Maria
Meinig, Birgit
Morch, Hans-Dieter
Neitzel, Beate
Obst, Wolfgang
Peters, Kai
Pilgrim, Adolf-W.
Plaß, Barthold
Rheinhardt, Michael
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich

- Entschuldigt -

von Oettingen, Gero
Zschoch, Mirco

Verwaltung

Franke, Marius
Kugel, Michael
Lehmann, Robert
Philipps, Lutz
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 05. März 2015
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Mitteilung: Überörtliche Prüfung der Stadt Burgdorf gemäß §§ 1 bis 4 NKPG;
Durchsetzung der übergegangenen Unterhaltsansprüche nach § 7 Absatz 3 des
Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG)
Vorlage: 2015 0863
4. Neubesetzung Verwaltungsausschuss
Vorlage: 2015 0875
5. Bildung von Ratsausschüssen: hier Austausch von Ausschussmitgliedern
Vorlage: 2015 0876
6. Ersatz eines beratenden Mitgliedes im Ausschuss für Umwelt und Verkehr
Vorlage: 2015 0862
7. Zuwendungen/Spenden
Vorlage: 2015 0880
- 7.1. Zuwendungen/Spenden
Vorlage: 2015 0880/1
8. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule
Fahrrad- und Kfz-Abstellanlagen
Bezugsvorlagen: 2014 0716, 2014 0716/1, 2014 0716/2, 2014 0716/3, 2014
0716/4, 2014 0716/5, 2014 0716/6
Vorlage: 2014 0716/7
9. Kindertagesstättenbedarfsplanung 2015;
Betreuungszeitenausweitung in der Kindertagesstätte der AWO
Vorlage: 2014 0752/2

10. Petitionen der Dachtmisser und Sorgenser Elternschaft anlässlich der Neustrukturierung der Schulbezirke für Schulen in der Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0824
- 10.1. Petitionen der Dachtmisser und Sorgenser Elternschaft anlässlich der Neustrukturierung der Schulbezirke für Schulen in der Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0824/1
- 10.2. Petitionen der Dachtmisser und Sorgenser Elternschaft anlässlich der Neustrukturierung der Schulbezirke für Schulen in der Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0824/2
11. Einrichtung einer Teilgebundenen Ganztagschule an der Integrierten Gesamtschule Burgdorf
Vorlage: 2015 0851
12. Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen - Gemeinsame Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderbedarf Lernen der Stadt Burgdorf und der Gemeinde Uetze
Vorlage: 2015 0855
13. Kindertagesstätten Gebührensatzung 2015
Vorlage: 2015 0873
- 13.1. Kindertagesstätten Gebührensatzung 2015
Vorlage: 2015 0873/1
14. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr der Stadt Burgdorf außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung)
Vorlage: 2014 0747
15. Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Burgdorf
Vorlage: 2015 0831
16. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Schillerslage
Vorlage: 2015 0832
17. Gewerbepark Nordwest - Erweiterung der bereits gebildeten Erschließungseinheit
Vorlage: 2015 0844
18. Ausweitung der neu eingerichteten halben Sozialarbeiterstelle für die Flüchtlingssozialarbeit auf eine ganze Stelle
- Antrag der Gruppe SPD - B`90 /Die Grünen vom 28. April 2015 -
Vorlage: 2015 0872
- 18.1. Ausweitung der neu eingerichteten halben Sozialarbeiterstelle für die Flüchtlingssozialarbeit auf eine ganze Stelle
- Antrag der Gruppe SPD - B`90 /Die Grünen vom 28. April 2015 -
Vorlage: 2015 0872/1
19. Anwohnerinteresse beim Ausbau der Windenergie berücksichtigen
- Antrag von Herrn Karl-Ludwig Schrader (FDP) vom 16.04.2015 -
Vorlage: 2015 0857

20. Abmilderung des vorläufigen Windenergieerlasses
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" vom 23.04.2015 -
Vorlage: 2015 0871
- 20.1. Änderungsantrag zum Antrag "Die Linke" - "Abmilderung des vorläufigen Windenergieerlasses"
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.05.2015 -
Vorlage: 2015 0890
21. Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windenergie
- Antrag der WGS-Fraktion vom 04.05.2015 -
Vorlage: 2015 0874
22. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 22.1. Radwege, Schutzstreifen und Radfahrstreifen sicher und gesetzeskonform und im Sinne eines zusammenhängenden Radwegenetzes planen und ausführen
Anfrage Die Linke vom 11. Mai 2015
Vorlage: 2015 0888
- 22.2. Bei Windenergienutzung vorsorgenden Gesundheitsschutz beachten
Vorlage: 2015 0886

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 18.02 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er informierte darüber, dass Herr Peters entschuldigt sei und wies darauf hin, dass Herr Obst sich der WGS-Fraktion angeschlossen habe.

Herr Weinel teilte mit, dass es Tischvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 7, 10, 13, 19, 20 und 22 gebe.

Herr Schulz beantragte, den Tagesordnungspunkt 20 vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 17 zu beraten. Er begründete dies mit dem sachlichen Zusammenhang der Tagesordnungspunkte 18, 19 und 21 zum Thema Windenergie.

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der dem Protokoll vorangestellten Fassung genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 05. März 2015

Herr Obst bat um zeitnahe Vorlage der Protokolle.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass u.a. die Abstimmung der Protokolle mit den Ausschussvorsitzenden einen gewissen Zeitraum in Anspruch nehmen.

Einstimmig bei 2 Enthaltungen fasste der Rat folgenden Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 05.03.2015 wird genehmigt

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

I Frau Vierke

I.1 Die Kommunalwahl 2016 findet am 11.09.2016 statt.

**3.1. Mitteilung: Überörtliche Prüfung der Stadt Burgdorf gemäß §§ 1 bis 4 NKPG;
Durchsetzung der übergegangenen Unterhaltsansprüche nach § 7 Absatz 3 des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG)
Vorlage: 2015 0863**

Der Rat nimmt die Vorlage 2015 0863 „Mitteilung: Überörtliche Prüfung der Stadt Burgdorf gemäß §§ 1 bis 4 NKPG; Durchsetzung der übergegangenen Unterhaltsansprüche nach § 7 Absatz 3 des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG)“ zur Kenntnis.

**4. Neubesetzung Verwaltungsausschuss
Vorlage: 2015 0875**

Herr Schulz führte aus, dass die WGS-Fraktion sich über die Verstärkung und Belegung durch Herrn Obst freue.

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Die Sitzverteilung und Besetzung des Verwaltungsausschusses wird wie folgt festgestellt:

Fraktion / Gruppe	Mitglied	Stellv. Mitglied
SPD / Die Grünen	Braun, Hartmut	Leykum, Maria
SPD / Die Grünen	Heller, Simone	Gersemann, Christiane
SPD / Die Grünen	Hinz, Gerald	Meinig, Birgit
SPD / Die Grünen	Pilgrim, Adolf-W.	Morich, Hans-Dieter

SPD / Die Grünen	Weilert-Penk, Christa	Rheinhardt, Michael
CDU	Plaß, Barthold	Brönnemann, Alfred
CDU	Zschoch, Mirco	Apel, Robert
WGS	Heldt, Gabriele	1. Obst, Wolfgang 2. Schulz, Kurt-Ulrich

**5. Bildung von Ratsausschüssen: hier Austausch von Ausschussmitgliedern
Vorlage: 2015 0876**

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Die Änderung der Ausschussbesetzung wird wie folgt festgestellt:

Ausschuss	Mitglied	Stellv. Mitglied	Stellv. Mitglied
Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	Kurt-Ulrich Schulz	Wolfgang Obst	Gabriele Heldt
Bauausschuss	Kurt-Ulrich Schulz	Wolfgang Obst	Gabriele Heldt
Ausschuss für Soziales und Integration	Hans-Joachim Ehrhardt	Wolfgang Obst	Kurt-Ulrich Schulz
Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport	Wolfgang Obst	Gabriele Heldt	Kurt-Ulrich Schulz
Feuerwehrausschuss	Gabriele Heldt	Wolfgang Obst	Kurt-Ulrich Schulz
Ausschuss für Umwelt und Verkehr	Gabriele Heldt	Wolfgang Obst	Kurt-Ulrich Schulz
Jugendhilfeausschuss	Wolfgang Obst	Gabriele Heldt	Kurt-Ulrich Schulz

**6. Ersatz eines beratenden Mitgliedes im Ausschuss für Umwelt und Verkehr
Vorlage: 2015 0862**

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Auf Vorschlag der CDU-Ratsfraktion wird als Ersatz für Herrn Andreas Bethmann Herr Christoph Konerding als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr berufen.

**7. Zuwendungen/Spenden
Vorlage: 2015 0880**

Siehe Tagesordnungspunkt 7.1.

**7.1. Zuwendungen/Spenden
Vorlage: 2015 0880/1**

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Die folgenden Zuwendungen werden angenommen:

- **Sachzuwendung in Höhe von 3.468,75 € für einen Stelzenparcour, einen Balancierbalken und eine Hüpfpalisade vom Freundeskreis der GHS I e. V. für die GHS I,**
- **Sachzuwendung in Höhe von 502,18 € für 8 Pferdeleinen und 2 SwingRoller maxi vom Freundeskreis der GHS I e. V. für die GHS I,**
- **Sachzuwendung in Höhe von 64,75 € für 5 Softbälle vom Freundeskreis der GHS I e. V. für die GHS I,**
- **Geldzuwendung in Höhe von 300,00 € vom CDU Flohmarkt für die Jugend-FW Burgdorf,**
- **Geldzuwendung in Höhe von 300,00 € vom CDU Flohmarkt für die Kinder-FW Burgdorf,**
- **Geldzuwendung in Höhe von 300,00 € vom CDU Flohmarkt für die Kinder-FW Heeßel,**
- **Geldzuwendung in Höhe von 300,00 € vom CDU Flohmarkt für die Jugend-FW Schillerslage-Heeßel,**
- **Geldzuwendung in Höhe von 300,00 € vom CDU Flohmarkt für die Jugend-FW Dachtmissen-Otze-Weferlingsen,**
- **Geldzuwendung in Höhe von 300,00 € vom CDU Flohmarkt für die Stadtjugend-FW Burgdorf,**
- **Sachzuwendung in Höhe von 94,90 €. Eine Teichpumpe vom Freundeskreis der GHS I e. V. für die GHS I.**

**8. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule
Fahrrad- und Kfz-Abstellanlagen**

Bezugsvorlagen: 2014 0716, 2014 0716/1, 2014 0716/2, 2014 0716/3, 2014 0716/4, 2014 0716/5, 2014 0716/6

Vorlage: 2014 0716/7

Herr Braun begrüßte, dass durch die Einrichtung der Fahrradabstellanlagen neben dem Südstadtbistro kein Radverkehr mehr den Berliner Ring kreuze. Der heutige Beschluss betreffe nur die provisorische Einrichtung von Kfz-Stellplätzen, über den endgültigen Standort sei noch zu beraten.

Herr Obst erklärte ebenfalls, dass die provisorischen Kfz-Stellplätze keine Dauerlösung sein dürfen. Dauerhaft werden rd. 80 Stellplätze benötigt. Die

Fläche der jetzigen Gudrun-Pausewang-Grundschule könnte tlw. auch für eine neue in der Südstadt einzurichtende Kindertagesstätte genutzt werden, für die ebenfalls Stellplätze benötigt werden. **Herr Obst** regte an, eine Parkpalette in die Fahrradabstellanlage zu integrieren. Er appellierte an die Fraktionen, an einer Gesamtlösung für die Nachnutzung zu arbeiten, die auch die Belange der Paulus-Gemeinde (Krippe/Hausaufgabenhilfe) berücksichtige.

Herr Baxmann stellte fest, dass ein Sporthallenneubau offensichtlich einvernehmlich vorgesehen sei und es nur noch um die Frage des Platzes ginge, an dem die Halle gebaut werde. Er gehe davon aus, dass gleiches auch für die neue Kindertagesstätte gelte.

Herr Fleischmann führte aus, dass die Verlegung der Fahrrad- und Kfz-Abstellanlage nur notwendig sei, weil der Abriss der Gudrun-Pausewang-Grundschule in der Grünewaldstraße von der Ratsmehrheit beschlossen wurde. Es werde viel Geld in die Hand genommen, um eine von ihm für nicht gut befundene Lösung zu realisieren. Er werde sich der Abstimmung enthalten.

Herr Schrader informierte darüber, dass er der Verlegung der Fahrrad- und Kfz-Abstellanlage zustimmen werde, da der Beschlussvorschlag im Schulausschuss von den Schul- und Elternvertretern ebenfalls mitgetragen wurde.

Herr Kuyucu war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig bei 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden Beschluss:

- 1. Der Ausbau der Fahrradabstellplätze für die Unter- und Mittelstufe des Gymnasiums erfolgt neben dem Südstadt-Bistro gemäß der Vorlage Nr. 2014 0716/7.**
- 2. Die provisorischen Kfz-Abstellplätze werden im Süden des Schulgeländes mit Zufahrt von der Scharlemannstraße aus hergestellt.**

**9. Kindertagesstättenbedarfsplanung 2015;
Betreuungszeiterweiterung in der Kindertagesstätte der AWO
Vorlage: 2014 0752/2**

Frau Gersemann wies auf die Komplexität der Kindertagesstättenbedarfsplanung durch die vielen zu berücksichtigenden Unbekannten hin. Sie führte aus, dass durch die Kindertagesstättenbedarfsplanung der vergangenen Jahre die konstante Nachfrage der Eltern nach Ausweitung der Betreuungszeiten deutlich werde.

Herr Schulz hob positiv hervor, dass den Eltern kurzfristig die Sicherstellung der Betreuung zu den entsprechenden Zeiten eingeräumt werde. Er betonte die seitens Herrn Baxmann angesprochene Notwendigkeit nach einer weiteren Kindertagesstätte.

Herr Fleischmann, Herr Hinz und Herr Plaß waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Der Kindertagesstättenbedarfsplan 2015 wird um die im Sachverhalt aufgeführte Maßnahme ergänzt.

- 10. Petitionen der Dachtmisser und Sorgenser Elternschaft anlässlich der Neustrukturierung der Schulbezirke für Schulen in der Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0824**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 10.2.

- 10.1. Petitionen der Dachtmisser und Sorgenser Elternschaft anlässlich der Neustrukturierung der Schulbezirke für Schulen in der Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0824/1**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 10.2.

- 10.2. Petitionen der Dachtmisser und Sorgenser Elternschaft anlässlich der Neustrukturierung der Schulbezirke für Schulen in der Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0824/2**
-

Herr Braun informierte darüber, dass seine Fraktion nicht einheitlich stimmen werde. Er erinnerte an die Beratung im Schulausschuss. Es bestehe die Gefahr, dass an der Grundschule Otze keine Schulleiterstelle mehr vorgehalten werde, wenn die Schülerzahl unter 80 falle.

Frau Heller erläuterte, dass es die Petition ohne den optionalen Vorschlag der Verwaltung, Sorgensen und Dachtmissen dem Schulbezirk der Grundschule Otze zuzuschlagen, nicht gegeben hätte. Sie erinnerte daran, dass der Ortsvorsteher von Dachtmissen seinerzeit zugesichert habe, dass es eine Veränderung bzw. Zusammenlegung des Schulbezirks mit ihm nicht gebe. **Frau Heller** teilte die Sorge, dass die Grundschule Otze im nächsten Jahr möglicherweise nicht mehr genug Schüler/innen haben könne. Sie wies darauf hin, dass die Ortschaften Sorgensen und Dachtmissen mit Otze keine Berührungspunkte haben. Es entstehe unnötige Hin- und Herfahrierei. **Frau Heller** teilte mit, dass sie sich bei der Abstimmung über die Vorlage enthalten werde.

Herr Baxmann erklärte, dass aufgrund des eindeutigen Elternwillens der Ortsvorsteher von Dachtmissen nunmehr nicht dagegen votieren konnte. Gegenüber den Vorjahren gebe es in Dachtmissen aber auch in Sorgensen inzwischen eine klare Position der Eltern für eine Verlagerung nach Otze.

Frau Heller ergänzte, dass es auch Eltern gebe, die das nicht verstehen und die Petition auch nicht unterschrieben haben.

Herr Schrader hinterfragte die Regelung des Schülertransportes. Er erklärte, dass er sich enthalten werde, solange dieser nicht geregelt sei.

Herr Kugel erklärte, dass die Region Hannover als Trägerin der Schülerbeförderung in die Neustrukturierung der Schulbezirke einbezogen sei.

Einstimmig bei 4 Enthaltungen fasste der Rat folgenden Beschluss:

- 1. Den Petitionen der Dachtmisser und der Sorgenser Elternschaft anlässlich der Neustrukturierung der Schulbezirke für Schulen in der Trägerschaft der Stadt Burgdorf wird stattgegeben. Die Ortschaften Dachtmissen und Sorgensen werden mit Wirkung vom Schuljahresbeginn 2016/2017 dem Schulbezirk der Grundschule Otze zugeordnet.**
- 2. Die dem Originalprotokoll als Anlage A beigefügte Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für Schulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf wird beschlossen.**
- 3. Die Verwaltung (Schulträger) wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Beschulung von Geschwisterkindern in der jeweils selben Schule über Ausnahmeregelungen gewährleistet wird.**

**11. Einrichtung einer Teilgebundenen Ganztagschule an der Integrierten Gesamtschule Burgdorf
Vorlage: 2015 0851**

Herr Zschoch informierte darüber, dass die CDU-Fraktion die Aufbauleistung des Teams unterstütze. Die Gründung der IGS sei damals aus zwei noch immer bestehenden Gründen nicht mit getragen worden. Zum einen mangle es an der Transparenz der Kosten, zum anderen werde die CDU darauf drängen, einen Konsens herbeizuführen, dass in dieser Stadt nur eine gymnasiale Oberstufe angeboten werde. Er warnte, dass sonst die Existenz des Gymnasiums gefährdet sei. **Herr Zschoch** sprach sich für einen fairen Wettbewerb und Kooperationen aus. Das setze auch die gleichberechtigte Ausstattung der Schulen voraus. Er begrüßte, dass der fünfte Jahrgang der IGS mit Whiteboards starte, hinterfragte diesbezüglich aber zugleich die Ausstattung der anderen Schulen.

Frau Gersemann erläuterte die verschiedenen Modelle der Ganztagschulen. Der Antrag vermittele die pädagogischen Leitlinien, das Konzept sowie die Organisation des gebundenen Ganztagsbetriebs. **Frau Gersemann** begrüßte, dass Burgdorf künftig zwei starke Schulen vor Ort habe, die nach der Grundschule um ihre Schüler/innen werben. Sie kritisierte die Aussagen der CDU zum Bildungsstandort Burgdorf in einem kürzlich erschienenen Zeitungsartikel und warf dieser ein reines Lippenbekenntnis zur IGS vor.

Herr Köneke erinnerte daran, dass die CDU-Fraktion die Einrichtung der IGS nicht für richtig halte, teilte aber die Ansicht, dass diese nunmehr so gut wie möglich eingeführt werden solle. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Einrichtung der Offenen Ganztagschule (OGS) in der Grundschule Otze.

Herr Baxmann erklärte, dass es damals um die Frage gegangen sei, ob Otze als OGS ein Alleinstellungsmerkmal bekomme oder ein Gesamtbeschluss gefasst werde, dass alle Grundschulen in der Stadt Burgdorf bei Interesse eine Offene Ganztagschule werden könnten.

Herr Köneke stellte die Aussage von Herrn Baxmann in Frage.

Herr Baxmann verwies in diesem Zusammenhang auf die entsprechenden Protokolle.

Herr Braun begrüßte den nunmehr eingeschlagenen Weg der CDU und führte aus, dass er den Schulfrieden nicht als gefährdet sehe, da keine zweite Oberstufe eingerichtet werde. Die Annahme der Bevorzugung der IGS teile er nicht, insbesondere wenn man beachte, wie das Gymnasium medial ausgestattet sei. **Herr Braun** betonte, er freue sich auf eine positive Zusammenarbeit.

Herr Hinz stellte fest, dass von der CDU der Eindruck erweckt werde, dass die IGS gegenüber dem Gymnasium bevorzugt werde. In den vergangenen Jahren sei im Gymnasium viel in die Ausstattung investiert worden. Es seien Whiteboards beschafft und es sei ein hoher fünfstelliger Betrag in die Ausstattung der Aula investiert worden. Eine neue Schule mit dem auszustatten, was heute Stand der Technik sei, sei keine Bevorzugung. **Herr Hinz** erklärte, dass das Gymnasium den Schüler/innen, die von der IGS kommen, eine interessante Oberstufe bieten könne. Sollte der Schulvorstand zu einem späteren Zeitpunkt die Einrichtung einer Oberstufe beantragen, werde man sich damit befassen. Er wies auf die geplante Zusammenarbeit zwischen der IGS und dem Gymnasium hin. Wenn diese funktioniere, werde eine weitere Oberstufe nicht benötigt.

Herr Zschoch führte aus, dass die Stadt als Schulträgerin die Verantwortung für eine langfristige Schulentwicklungsplanung trage. Es sei gut, eine Aufbruchstimmung am Gymnasium und auch an der IGS zu haben. **Herr Zschoch** bemängelte, dass die Schulpolitik des Landes z.B. bei der Stellenzuweisung zu einer massiven Benachteiligung des Gymnasiums führe. Die CDU werde das aufmerksam beobachten. Er richtete die Frage nach einer kurzfristigen Mensalösung an die Verwaltung und bat um Auskunft, welche Beträge für den Neubau der Mensa erwartet werden.

Herr Kugel antwortete, dass das Ingenieurbüro die Kosten für einen Neubau derzeit errechne. Für die vorübergehende Mensaunterbringung gebe es verschiedene Optionen. Er äußerte die Annahme, dass es in zwei Wochen eine Entscheidung geben werde. Vorher müsse noch mit den Schulleitungen gesprochen werden. Die Option Prinzhornschule werde noch nicht ausgeschlossen.

Herr Baxmann hob die attraktive Bildungslandschaft in Burgdorf hervor. Sie sei mit der Verlegung des berufsbildenden Gymnasiums nach Burgdorf noch einmal wesentlich verbessert worden. **Herr Baxmann** erinnerte daran, dass immer wieder betont worden sei, dass es die IGS nicht zum Nulltarif geben werde. Die Bereitschaft, die entsprechenden Investitionen zu tätigen, müsse vorhanden seien. Wenn ein Teil der eingesparten Gastschulgelder für die Finanzierung von Investitionen verwendet werde, sei Burgdorf gut aufgestellt.

Herr Schrader erklärte, dass die FDP die Einführung der IGS kritisch begleitet habe. Er werde sich bei der Abstimmung über die Vorlage enthalten und möchte die Kooperation zwischen IGS und Gymnasium abwarten. Eine Bevorzugung von Schulen dürfe es nicht geben.

Frau Heldt informierte darüber, dass die WGS die Vorlage unterstütze und ihr zustimmen werde.

Einstimmig bei einer Enthaltung fasste der Rat folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadt Burgdorf beantragt für die Integrierte Gesamtschule Burgdorf die Einrichtung einer „Teilgebundenen Ganztagschule“ mit Beginn des Schuljahres 2015/16 auf Grundlage des verfolgten Konzepts.**
- 2. Die notwendigen finanziellen Mittel für die Einrichtung der „Teilgebundenen Ganztagschule“ werden erstmalig in voller Höhe über den Haushalt 2016 zur Verfügung gestellt, sofern das Land Niedersachsen den Antrag der Stadt Burgdorf befürwortet. Die finanzielle Unterstützung der Teilgebundenen Ganztagschule durch das Land Niedersachsen wird dabei vorausgesetzt.**
- 3. Die anteiligen finanziellen Mittel für den Zeitraum August – Dezember 2015 in Höhe von 2.350,00 € werden im Rahmen einer überplanmäßigen Ausgabe zur Verfügung gestellt.**

- 12. Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen - Gemeinsame Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderbedarf Lernen der Stadt Burgdorf und der Gemeinde Uetze
Vorlage: 2015 0855**
-

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Die gemeinsame Beschulung von Uetzer und Burgdorfer Schülerinnen und Schüler mit dem Förderbedarf Lernen am Standort der Prinzhornschule Burgdorf mit Beginn des Schuljahres 2015/16 wird begrüßt.

Mit der Gemeinde Uetze wird die dem Originalprotokoll Anlage 2 als Entwurf beigefügte Verwaltungsvereinbarung über die Beschulung der Schülerinnen und Schüler aus dem Gemeindegebiet der Gemeinde Uetze, welche die Schulform der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen besuchen, an der Prinzhornschule in Burgdorf abgeschlossen.

- 13. Kindertagesstätten Gebührensatzung 2015
Vorlage: 2015 0873**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 13.1.

- 13.1. Kindertagesstätten Gebührensatzung 2015
Vorlage: 2015 0873/1**
-

Frau Gersemann führte aus, dass die Satzungsänderung das Ziel verfolge, die Gebührenberechnung für den Gebührenpflichtigen nachvollziehbarer

zu gestalten. Gleichzeitig werde für die Verwaltung ein geringerer Verwaltungsaufwand erreicht. Es wird angestrebt, die einheitliche Einkommensermittlung zugrunde zu legen. Im Zuge der Berechnungen solle möglichst frühzeitig mit dem tatsächlichen Nettoeinkommen gerechnet werden. Ferner solle die Abgrenzung zwischen der Gebührenstaffelung und der wirtschaftlichen Jugendhilfe deutlicher herausgearbeitet werden. In Ergänzung zur Vorlage seien durch die Verwaltung Berechnungsbeispiele vorgelegt worden. Wichtig sei gewesen, dass bei einer Änderung der Einkommensberechnung das Ergebnis der Gebührenberechnung identisch sei. Die für den Gebührenpflichtigen gültige Stufe der Gebührenstaffel ändere sich nicht. **Frau Gersemann** lobte die klare Gegenüberstellung zwischen alter Fassung und neuer Fassung. Sie sprach Frau Raue für ihre Unterstützung und die ausgezeichnete Zuarbeit ihren Dank aus.

Herr Zschoch äußerte, dass aufgrund des Kita-Streiks eine Satzungsänderung wegen der Gebührenerstattung erforderlich sei. Er führte aus, dass Herr Kugel ihm gegenüber bereits signalisiert habe, dass die Verwaltung aufgrund der Ausweitung des Streik und der erneuten Schließung der Einrichtungen diesbezüglich bereits Überlegungen angestellt habe. Die CDU werde daraufhin einen entsprechenden Antrag nicht stellen. **Herr Zschoch** sagte der Verwaltung die Unterstützung der CDU für die wohlwollende Bewegung in Richtung der Eltern zu. Neben den Problemen der Betreuung der Kinder seien auch Arbeitsplätze von Eltern gefährdet, da sie die Betreuung selbst sicherstellen müssten. Er sprach sich für die Abstimmung mit anderen Regionskommunen aus, um eine vernünftige Lösung zu finden, welche den Interessen der Eltern gerecht werde.

Herr Fleischmann befürwortete grundsätzlich, dass die Berechnung transparenter gestaltet werde. Eine Verbesserung für die Eltern werde dadurch nicht ersichtlich. Er sprach sich für eine Senkung der Gebühren aus, da diese in den vergangenen Jahren zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung regelmäßig erhöht wurden. Als Beispiele für gebührenfreie Kinderbetreuungsplätze nannte er die Städte Braunschweig und Salzgitter. **Herr Fleischmann** erklärte, dass er sich bei der Abstimmung über die Vorlage enthalten werde.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass die erhobenen Gebühren etwa 15 % der Gesamtkosten der Kinderbetreuung in den Kitas, Krippen und Horten deckten. Die restlichen 85 % der entstehenden Kosten werden aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. **Herr Baxmann** signalisierte, dass in der Frage „Gebührenerstattung“ die Bereitschaft bestehe, den Eltern entgegen zu kommen. Er führte aus, dass es ein rechtliches Thema gewesen sei, da die Satzung diesen Spielraum nicht eingeräumt habe. Sollte sich die Streikzeit deutlich verlängern, wäre der in der Satzung maßgebliche unbestimmte Rechtsbegriff „vorübergehend“ überschritten, so dass die Verwaltung handeln könne. Dass diesbezüglich Einigkeit im Rat bestehe, nahm **Herr Baxmann** an.

Einstimmig bei einer Enthaltung fasste der Rat folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die dem Originalprotokoll als Anlage B beigefügte 7. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf.

14. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr der Stadt Burgdorf außerhalb der

unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung)

Vorlage: 2014 0747

Herr Hinz begrüßte die Satzungsänderung und erklärte, dass er die Gebührenberechnung für Fehlalarme für sinnvoll und notwendig halte.

Herr Zschoch informierte darüber, dass die CDU-Fraktion die Vorlage mittrage, obwohl daraus eine Gebührenerhöhung entstehe. Die Entwicklung der Gebühren- und Einnahmesituation werde kritisch beobachtet.

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr der Stadt Burgdorf außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung) wird in der der Originalniederschrift als Anlage C beigefügten Fassung erlassen.

- 15. Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Burgdorf**
Vorlage: 2015 0831
-

Herr Hinz erinnerte an die Beschlussempfehlungen des Feuerwehrausschusses zur Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Burgdorf und des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Schillerslage. Er wies darauf hin, dass die Ortsbrandmeister und deren Stellvertreter in ihrer Freizeit tätig seien. Dieses Engagement sei zu würdigen und anzuerkennen.

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Herr Simon Grabow wird mit Wirkung vom 01. Juni 2015 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 31. Mai 2021) zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Burgdorf ernannt.

- 16. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Schillerslage**
Vorlage: 2015 0832
-

Einstimmig fasste der Rat den folgenden Beschluss:

Herr Timo Scheffler wird mit Wirkung vom 01. Juni 2015 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 31. Mai 2021) zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Schillerslage ernannt.

- 17. Gewerbepark Nordwest - Erweiterung der bereits gebildeten Erschließungseinheit**
Vorlage: 2015 0844
-

Herr Fleischmann erklärte seine Zustimmung zu der Vorlage. Er übte Kritik, da er die Gewerbeflächenpolitik der Verwaltung nicht für gut halte.

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Die Erschließungseinheit „Lise-Meitner-Straße und Otto-Hahn-Straße“ im 1. Abschnitt des Gewerbeparkes Nordwest wird durch die Verlängerungen beider Anlagen im 2. Abschnitt (Planstraßen A3 und B3) erweitert. Das bedeutet, dass der Erschließungsaufwand des 1. und 2. Bauabschnittes in einer Beitragsabrechnung zusammengefasst wird.

- 18. Ausweitung der neu eingerichteten halben Sozialarbeiterstelle für die Flüchtlingssozialarbeit auf eine ganze Stelle
- Antrag der Gruppe SPD - B`90 /Die Grünen vom 28. April 2015 -
Vorlage: 2015 0872**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 18.1.

- 18.1. Ausweitung der neu eingerichteten halben Sozialarbeiterstelle für die Flüchtlingssozialarbeit auf eine ganze Stelle
- Antrag der Gruppe SPD - B`90 /Die Grünen vom 28. April 2015 -
Vorlage: 2015 0872/1**
-

Herr Pilgrim führte aus, dass die steigenden Zahlen von Asylbewerber/innen die Ausweitung der im Stellenplan 2015 vorgesehenen ½ Stelle auf eine ganze Stelle erforderlich mache. Die im Stellenplan 2015 berücksichtigte ½ Planstelle sei für die Dauer von 5 Jahren befristet, gleiches sei auch für die aufgestockte ½ Stelle gewünscht. Er sprach sich dafür aus, dass die Stelle insgesamt durch eine Person besetzt werde. **Herr Pilgrim** lobte das vorhandene System der ehrenamtlichen Betreuung der Asylbewerber/innen und Flüchtlinge. Die ehrenamtlichen Kräfte werden durch teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter/innen beim Mehrgenerationenhaus und beim Nachbarschaftstreff Ostlandring angeleitet. Dieses System solle erhalten werden. Die Aufgaben der städtischen Stelle seien konzeptioneller und integrativer Art. **Herr Pilgrim** regte die Festlegung eines Personalschlüssels an (Anzahl Flüchtlinge je Stelle).

Herr Kugel informierte darüber, dass der vom Verwaltungsausschuss erarbeitete Beschlussvorschlag haushaltsrechtlich ohne Einbinden der Kommunalaufsicht möglich sei. Aufgrund der im Stellenplan 2015 berücksichtigten ½ Stelle könne die halbe Wochenstundenzahl bereits auf 5 Jahre befristet werden. Eine vorübergehende Beschäftigung außerhalb des Stellenplanes könne bewilligt werden. Der vorübergehende Zeitraum müsse definiert werden. Im Rahmen bis zu 1 Jahr sei es nach Verwaltungsmeinung völlig unstrittig. **Herr Kugel** teilte mit, dass in anderen Bundesländern Personalschlüssel vorliegen. Um bei weiter steigenden Flüchtlingszahlen reagieren zu können, werde die Verwaltung eine höhere Stellenzahl vorschlagen, um im Laufe des Jahres 2016 ggfs. die Stellen der aktuellen Situation anzupassen.

Herr von Oettingen erklärte, dass er den Antrag außerordentlich begrüße. Er regte an, bei der Stellenbeschreibung zwingend auf die Flüchtlingssozialarbeit und auf die Asylverfahrensbegleitung hinzuweisen. Es handele sich dabei um schwierige Angelegenheiten, welche von den ehrenamtlich

Tätigen nicht länger geleistet werden können.

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Die Flüchtlingssozialarbeit soll im Umfang von 39 Wochenstunden wahrgenommen werden. Die Besetzung der Stelle soll wie im Stellenplan 2015 veranschlagt mit 19,5 Wochenstunden befristet auf fünf Jahre erfolgen, die übrigen 19,5 Wochenstunden werden bis zur Ausweisung einer entsprechenden Stelle im Stellenplan 2016 befristet besetzt.

**19. Anwohnerinteresse beim Ausbau der Windenergie berücksichtigen
- Antrag von Herrn Karl-Ludwig Schrader (FDP) vom 16.04.2015 -
Vorlage: 2015 0857**

Herr Schrader verlas seinen Antrag und begründete diesen. Durch die zehnfache Nabenhöhe (10H) als Mindestabstand zwischen Windenergieanlagen und Wohnnutzungen werde seitens der FDP eine Steigerung der Akzeptanz bei den Bürger/innen als auch den Betreibern angestrebt. **Herr Schrader** sprach sich für eine Überarbeitung des aktuellen Windkrafteerlasses aus.

Nach einer kurzen Diskussion beantragte **Herr Schrader** die Überweisung seines Antrages in den Bauausschuss.

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Der Antrag von Herrn Schrader vom 16.04.2015 wird in den Bauausschuss überwiesen.

**20. Abmilderung des vorläufigen Windenergieerlasses
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" vom 23.04.2015 -
Vorlage: 2015 0871**

Die Tagesordnungspunkte 20, 20.1 und 21 wurden gemeinsam beraten und getrennt zur Abstimmung gestellt.

Herr Fleischmann verlas seinen Antrag. Er kritisierte, dass die Stadt einen Gutachter eingeschaltet habe und sprach sich dafür aus, eine Entfernung von 2 km zur Bebauung einzuhalten.

Herr Zschoch verlas den Änderungsantrag der CDU und begründete ihn. Ein gesunder Energiemix sei erforderlich. Alle Energieerzeugungsarten gingen mit Beeinträchtigungen für Mensch und Natur einher. Der Windenergieerlass berücksichtige die Interessen der Bürger/innen zu wenig. **Herr Zschoch** äußerte den Wunsch, dass mit Augenmaß geplant werde und der Immissionsschutz näher untersucht werde.

Herr Rheinhardt erinnerte daran, dass im Bauausschuss bereits der Antrag von Herrn Fleischmann diskutiert und mehrheitlich abgelehnt wurde. Von daher verwundere ihn der heutige Antrag. **Herr Rheinhardt** warnte davor, Ängste zu schüren. Den angesprochenen Schattenwurf gebe es bei extrem niedrigem Sonnenstand. Derzeit gehe es um die Ermittlung potenzieller Standorte. Bisher vorliegende Studien belegten, dass es Infraschall

durch Windkraftanlagen gebe und dieser messbar, aber nicht hörbar und nicht schädlich sei. Diese Studien könne er nicht widerlegen. Es sei derzeit nicht zweckdienlich, die Verwaltung mit zusätzlicher Arbeit durch Schriftwechsel mit der Landesregierung zu belasten. **Herr Rheinhardt** mahnte, dass eine Planung mit dem Zweck der Verhinderung nicht betrieben werden dürfe.

Herr Kuyucu erklärte, dass die SPD für die Energiewende und gegen die Nutzung der Atomkraft sei. Er habe sich über Infraschall informiert. Dazu führte er aus, dass mögliche Schädigungen derzeit wissenschaftlich nicht bewiesen seien. Er stellte fest, dass sich nur wenige Menschen über die bereits bewiesenen Folgen durch z.B. Funk- und Handystrahlung, Abgase, Antibiotika in Fleischprodukten und atmosphärische Strahlung Gedanken machen.

Herr Schulz befürwortete die Energiewende. Solange keine Stromnetze für den Energietransport vorhanden seien, könne in Ruhe überlegt und für Akzeptanz bei der Bevölkerung gesorgt werden. Er bezog sich auf den Antrag von Herrn Fleischmann und den Ergänzungsantrag der CDU. Ziel des Antrages der WGS sei, die Akzeptanz bei den Bürger/innen für die weitere Umsetzung und den Ausbau der Energiewende herzustellen. Ein Beitrag dazu sei der sachliche Teilflächennutzungsplan Windenergie. **Herr Schulz** verlas den Antrag der WGS-Fraktion. Er forderte den Bürgermeister auf, sich für die Länderöffnungsklausel einzusetzen und sich beim Bundesumweltamt über Infraschall zu informieren. Dort liegen Untersuchungen mit dem Ergebnis einer Gefährdung für die Gesundheit der Menschen vor. **Herr Schulz** erklärte, dass die WGS den Antrag von Herrn Fleischmann unterstütze und auch den Antrag der CDU. Er warb für die Unterstützung des Antrages der WGS, weil er der weitestgehende Antrag sei.

Herr Lehmann wies darauf hin, dass das Gutachten die Möglichkeit einräume, auf kommunaler Ebene zu diskutieren. Es werde zunächst fachlich geprüft, welche Flächen in Frage kommen. Dann könne man über die verbliebenen Flächen politisch entscheiden. Das gewählte Verfahren ermögliche, dass man gegenüber der Region eine begründete Position vertreten könne. **Herr Lehmann** informierte darüber, dass die Region im Juli im Bauausschuss einen Teil des Raumordnungsprogramms vorstellen werde. Die Stadt Burgdorf habe dann die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu erarbeiten. Zur Länderöffnungsklausel führte er aus, dass es sich um ein spezielles Instrument handele, das bisher nur in Bayern eingeführt wurde. Da es verfassungsmäßige Bedenken gegen dieses Verfahren gebe, wurde in Bayern bereits die Verfassungsklage eingereicht. Dadurch würde die Gefahr einer Verhinderungsplanung gestärkt. In Bayern sei nicht der Schutz der Menschen, sondern der Landschaft als Argument für die Abstände vorgebracht worden. **Herr Lehmann** sprach die Empfehlung aus, das Verfahren des Gutachtens abzuwarten und sich dann gegenüber der Region zu positionieren.

Herr Hinz erinnerte daran, dass die in Niedernstöcken besichtigte Windkraftanlage aus einer Entfernung von 800 m angesehen wurde. Die Größe dieser Anlagen sowie die Veränderung des Landschaftsbildes dadurch seien deutlich geworden. Im Vergleich seien alte Anlagen lauter. Man müsse beachten, dass der Schattenwurf von 1,8 km nur bei einem Winkel der Sonne von 5-6° erreicht werde. Infraschall mache den Menschen Angst und werde daher häufig als Argument von Gegnern der Windkraft eingesetzt. Gutachten belegten, dass von einer Windkraftanlage verursachter Infraschall ab einer Entfernung von 200 m nicht mehr vom Umgebungs-Infraschall zu

differenzieren sei. Er sprach sich dafür aus, das Verfahren weiter zu verfolgen. Vor einem Baubeginn einer Windkraftanlage sei zudem ein Umweltverträglichkeitsgutachten erforderlich.

Herr Braun fasste zusammen, dass alle Windenergie mit Augenmaß wollen und die Abmilderung des Windenergieerlasses wünschten. Der Windenergieerlass habe in erster Linie nur empfehlenden Charakter. Auf einer Abmilderung des vorläufigen Windenergieerlasses zu beharren, habe wenig Sinn. Es bestehe von daher kein Interesse, diesen Antrag zu unterstützen. Es bleibe abzuwarten, welche Flächen für eine Windkraftnutzung in Frage kommen. Er führte weiter aus, dass der Antrag der WGS Sympathiewert habe. Sinnvolle Abstände seien bei den bevorzugten Flächen im Verfahren zu diskutieren. Auch die Diskussion zum Infraschall müsse ernst genommen werden.

Herr Hunze äußerte den Wunsch, dass ein Flächennutzungsplan mit ausgewiesenen Flächen für Windkraftanlagen beschlossen werde. Der Windenergieerlass müsse geändert werden, so dass die Kommune die Möglichkeit habe, sich die Abstände freizuhalten. Auch die gesundheitlichen Belange seien zu prüfen. Er sprach sich dafür aus, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Schrader stellte fest, dass die Anträge inhaltlich dicht beisammen lägen. Die Gesundheitsfrage zum Infraschall müsse näher betrachtet werden. Er sprach sich gegen eine Verspargelung der Landschaft aus.

Herr Fleischmann berichtete, dass er einen fast gleichlautenden Antrag in der Regionsversammlung gestellt habe. Dieser sei in dem Regionalplanungsausschuss einstimmig abgelehnt worden. Er forderte die anderen Fraktionen im Rat auf, auf ihre jeweiligen Parteikollegen/innen in der Regionsversammlung einzuwirken. Weiter entgegnete er, dass der Windenergieerlass des Landes nicht nur empfehlenden Charakter habe.

Herr Zschoch zitierte aus dem Windenergieerlass. Dieser sei für die Kommune unter Umständen verbindlich. Es müsse sich gegen eine Entscheidung des Landes gewehrt werden.

Frau Heldt berichtete, dass Ende der 90er Jahre durch den Widerstand aus Burgdorf die ursprünglich geplanten 18 Windkraftanlagen auf 7 reduziert werden konnten. **Frau Heldt** erklärte, dass Schillerslage mit dem Bundestraßendreieck der B3 und der B188 belastet sei und mit den ersten Windkraftanlagen bereits einen Beitrag zur Energiewende geleistet habe. Sie forderte Fairness bei der Standortwahl der Windkraftanlagen. Die Aussagen der Region stelle sie in Frage. Neben dem Antrag der WGS unterstütze Frau Heldt auch den von Herrn Fleischmann und den der CDU. Gleichwohl äußerte sie den Wunsch nach mehr Substanz in dem Antrag der CDU.

Herr Fleischmann informierte darüber, dass er seinen Antrag, den Antrag der CDU und den Antrag der WGS-Fraktion unterstütze.

Es folgte eine Sitzungsunterbrechung von 21.20 bis 21.28 Uhr.

Herr Hinz führte aus, dass die SPD-Fraktion den Antrag von Herrn Fleischmann und den Änderungsantrag der CDU-Fraktion für das Verfahren nicht als förderlich erachte und ablehnen werde. Der Überweisung des Antrages der WGS werde zugestimmt.

Mit 5 Jastimmen, 18 Neinstimmen und 9 Enthaltungen fasste der Rat folgenden Beschluss:

Der Antrag von Herrn Fleischmann wird abgelehnt.

- 20.1. **Änderungsantrag zum Antrag "Die Linke" - "Abmilderung des vorläufigen Windenergieerlasses"**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.05.2015 -
Vorlage: 2015 0890
-

Siehe Tagesordnungspunkt 20.

Mit 12 Jastimmen, 18 Neinstimmen und 2 Enthaltungen fasste der Rat folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag von Herrn Fleischmann „Abmilderung des vorläufigen Windenergieerlasses“ wird abgelehnt.

21. **Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windenergie**
- Antrag der WGS-Fraktion vom 04.05.2015 -
Vorlage: 2015 0874
-

Siehe Tagesordnungspunkt 20.

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Der Antrag der WGS-Fraktion vom 04.05.2015 wird in den Bauausschuss überwiesen.

22. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**
-

- 22.1. **Radwege, Schutzstreifen und Radfahrstreifen sicher und gesetzeskonform und im Sinne eines zusammenhängenden Radwegenetzes planen und ausführen**
Anfrage Die Linke vom 11. Mai 2015
Vorlage: 2015 0888
-

Herr Fleischmann verlas seine Anfrage.

Herr Philipps verlas das Antwortschreiben der Stadt Burgdorf.

Herr Fleischmann stellte die folgenden Zusatzfragen:

1. Warum ist ein zusammenhängendes Fahrradnetz wie z.B. in den Niederlanden nicht in Burgdorf möglich?
2. Warum plant die Stadt gefährliche Verkehrssituationen für Radfahrer, wie z.B. den Fahrbahnwechsel am Ortsausgang in Heeßel?

3. Warum werden derart mangelhafte Planungen vorgenommen?

Herr Baxmann antwortete, dass die Planungen der Stadt korrekt und rechtssicher seien.

**22.2. Bei Windenergienutzung vorsorgenden Gesundheitsschutz beachten
Vorlage: 2015 0886**

Herr Fleischmann verlas seine Anfrage.

Auf das Verlesen des Antwortschreibens der Stadt wurde aufgrund des Umfangs verzichtet.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer